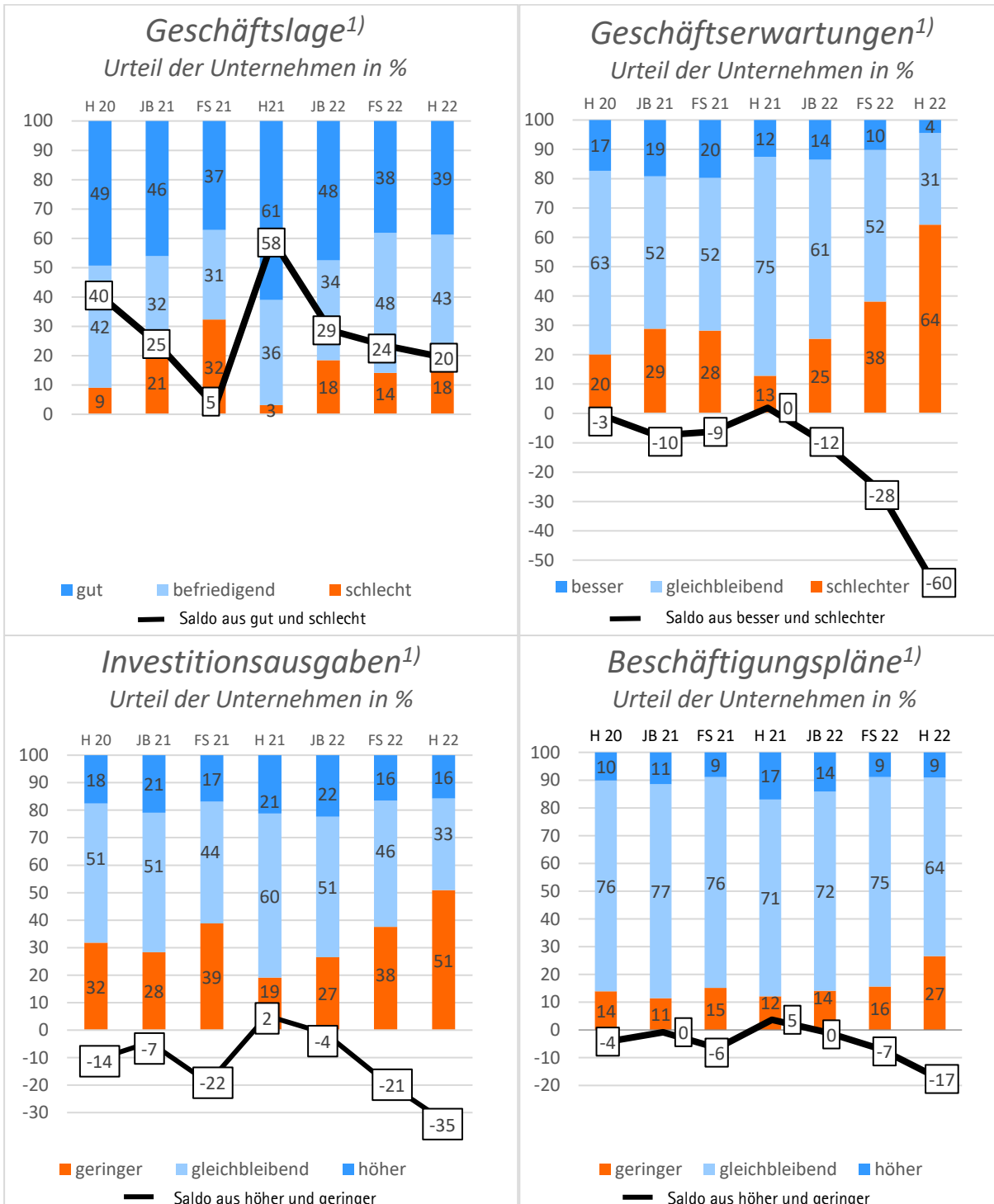


## Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Herbst 2022



<sup>1)</sup> Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

## Große Ängste bei noch guter Lage

Für die aktuelle Konjunkturumfrage wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 26. September bis 14. Oktober 2022 befragt.<sup>1</sup> Die Geschäftslage der gewerblichen Wirtschaft hat sich insgesamt im Vergleich zur Vorumfrage im Frühsommer 2022 (FS 22) nochmals etwas eingetrübt. Der Anteil an Unternehmen, die ihre Geschäftslage als „gut“ bezeichnen ist ungefähr konstant geblieben, aber mehr Unternehmen schätzen ihre Lage nun als „schlecht“ ein. Die zum Teil noch vollen Auftragsbücher stützen die Lagebeurteilung. Die Gewinnlage wird dagegen inzwischen überwiegend negativ eingeschätzt, da die gestiegenen Preise für Vorleistungsprodukte sowie höheren Betriebs- und Arbeitskosten nur zum Teil an die Kunden weitergereicht werden können. Dies geht dann zu Lasten des Eigenkapitals. 40 % der Unternehmen beklagen einen Rückgang ihres Eigenkapitals (FS 22 : 31 %). Mit 21 % sind fast doppelt so viele Unternehmen wie bei der Vorumfrage inzwischen von Forderungsausfällen betroffen und ebensoviele sind mit Liquiditätsengpässen konfrontiert. Immer noch wenige aber zunehmend mehr Unternehmen befürchten die Zahlungsunfähigkeit. Daher überrascht es nicht, dass der Anteil der Unternehmen, die ihre Finanzlage für unproblematisch halten, von 54 % auf 42 % zurückgegangen ist.

Die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden 12 Monate spiegeln die große Unsicherheit der Unternehmen angesichts des Ukrainekrieges, der Energiekrise und der drohenden Rezession wider. Zwei von drei Unternehmen erwarten eine Verschlechterung ihrer Geschäftsentwicklung und nur noch 4 % erwarten eine Verbesserung. Einen so negativen Erwartungssaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „besser“- und „schlechter“-Meldungen) hatte es selbst in der Finanzkrise 2009 nicht gegeben und er findet sich in allen Branchen. Die Unternehmen sehen sich einer Vielzahl an Risiken ausgesetzt (Abb. 2). 89 % der Unternehmen sehen ihre Geschäfte durch die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise bedroht, auch wenn aktuell offenbar noch 46 % der Unternehmen die hohen Energiekosten an ihre Kunden überwiegend weiterreichen können (Abb. 4). Jedes vierte Unternehmen versucht durch Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz gegenzusteuern. 15 % der Unternehmen steigen auf andere Energieträger um. Eine Reduktion der Produktion oder ihres Angebots erwägen 18 % der Unternehmen. An zweiter Stelle unter den Geschäftsrisiken steht der Fachkräftemangel. 45 % der Unternehmen – und damit etwas mehr als in der Vorumfrage – können offene Stellen längerfristig nicht besetzen. Besonders schwer fällt es den Unternehmen, Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung zu finden (Abb.3). Jeweils knapp ein Drittel der Unternehmen suchen erfolglos Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und Personen mit einem Hochschulabschluss. Die Unsicherheit bzgl. der wirtschaftlichen Entwicklung hemmt allerdings zurzeit die Einstellungsbereitschaft vieler Unternehmen. Dazu kommt, dass die Arbeitskosten von mehr Unternehmen als in den Vorjahren als Geschäftsrisiko gesehen werden. Daher gehen nur 9 % der Unternehmen von einem Wachsen ihrer Belegschaft in den kommenden 12 Monaten aus, 27 % erwarten einen Rückgang der Mitarbeiterzahl. Knapp die Hälfte der Unternehmen gibt an, dass sie aktuell keinen Personalbedarf hat. Aufgrund der sinkenden realen Kaufkraft der privaten Haushalte und der sich verschlechternden Lage der deutschen Wirtschaft nennen inzwischen 44 % der Unternehmen die Inlandsnachfrage als Geschäftsrisiko (FS 22: 31 %).

Die schlechtere Beurteilung der Geschäftslage und die nochmals erheblich negativeren Erwartungen gegenüber der Umfrage vom Frühsommer 2022 führen zu einem weiteren kräftigen Rückgang des Konjunkturklimaindexes, von 95 auf nunmehr 69 Indexpunkte (Abb. 1).<sup>2</sup>

Die pessimistischen Erwartungen, die stark gestiegenen Kosten und die damit verbundene schlechtere Gewinnlage halten viele Unternehmen davon ab, Investitionen zu planen und schon geplante Investitionen werden zurück gestellt (Abb. 4). Die Hälfte der Unternehmen geht davon aus, dass ihre Investitionssummen unter dem Niveau der Vorperiode liegen (FS 22: 38 %) und nur 16 % rechnen mit höheren Investitionsausgaben. Der Investitionssaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „höher“- und

---

<sup>1</sup> Für die Konjunkturumfrage wurden 852 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 272. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

<sup>2</sup> Der Konjunkturklimaindikator kann Werte von 0-200 annehmen und lag im Mittel der letzten 10 Jahre bei 117 Indexpunkten.

„geringer“-Meldungen) fällt somit auf -35 Prozentpunkte (JB 22: -21 Prozentpunkte). Jeweils etwa ein Viertel der Unternehmen plant keine Investitionsausgaben (FS 22: 19 %) oder Investitionen von unter 10.000 € (FS 22: 26 %). Neben Ersatzinvestitionen, die von 73 % der Unternehmen durchgeführt werden, spielen Rationalisierungsinvestitionen die größte Rolle. Schwierigkeiten offene Stellen zu besetzen und die zunehmend als Geschäftsrisiko wahrgenommenen Arbeitskosten tragen dazu bei. Auch in der aktuellen Krisensituation gibt jedes vierte Unternehmen an, dass seine Investitionen auch der Kapazitätserweiterung dienen.

Abb. 1

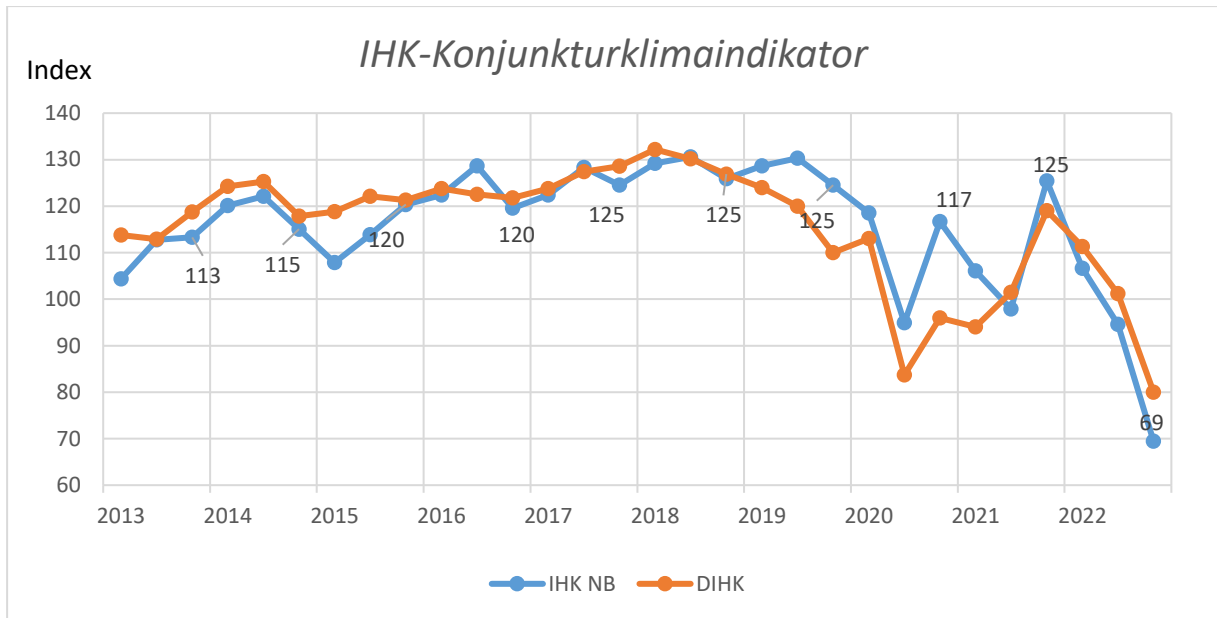


Abb. 2

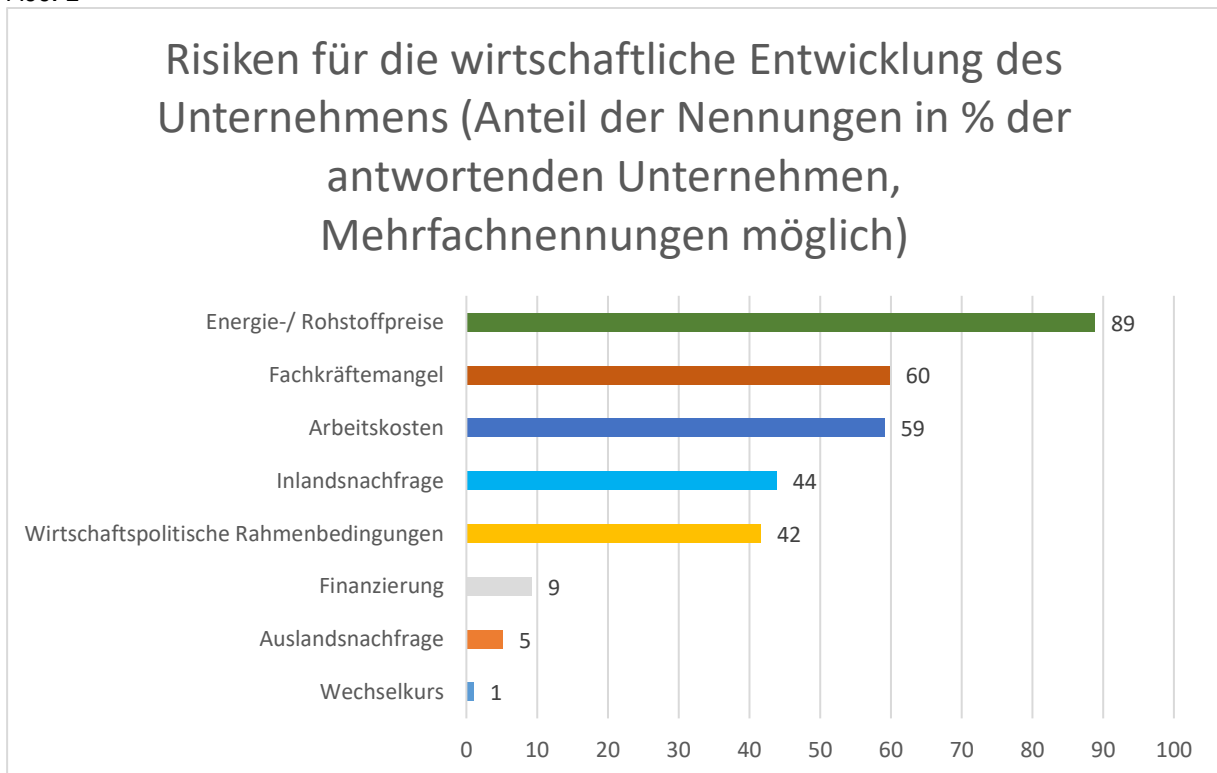


Abb. 3

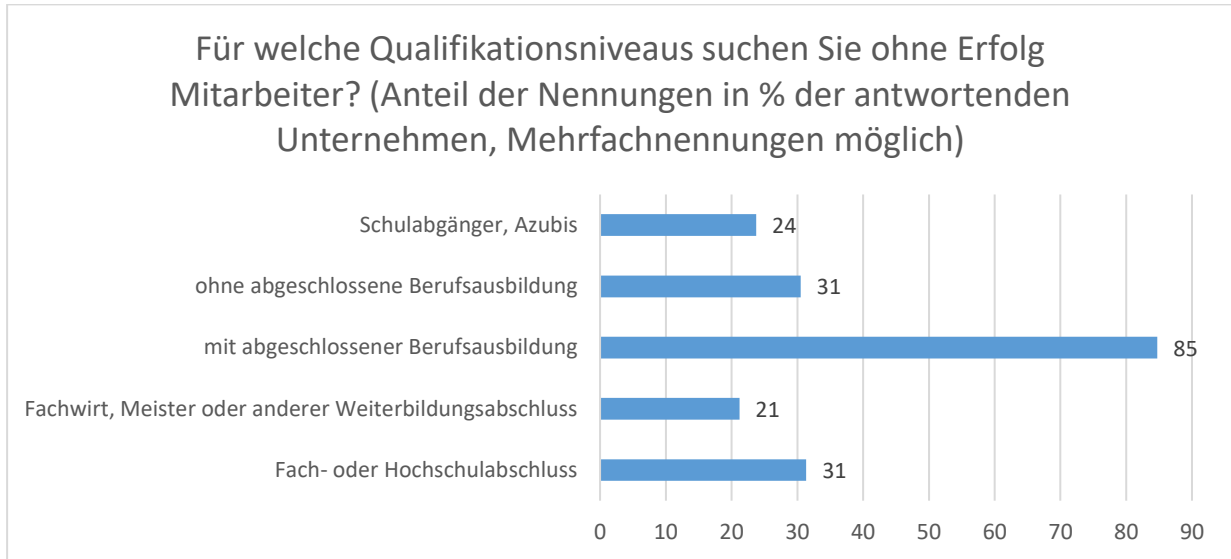
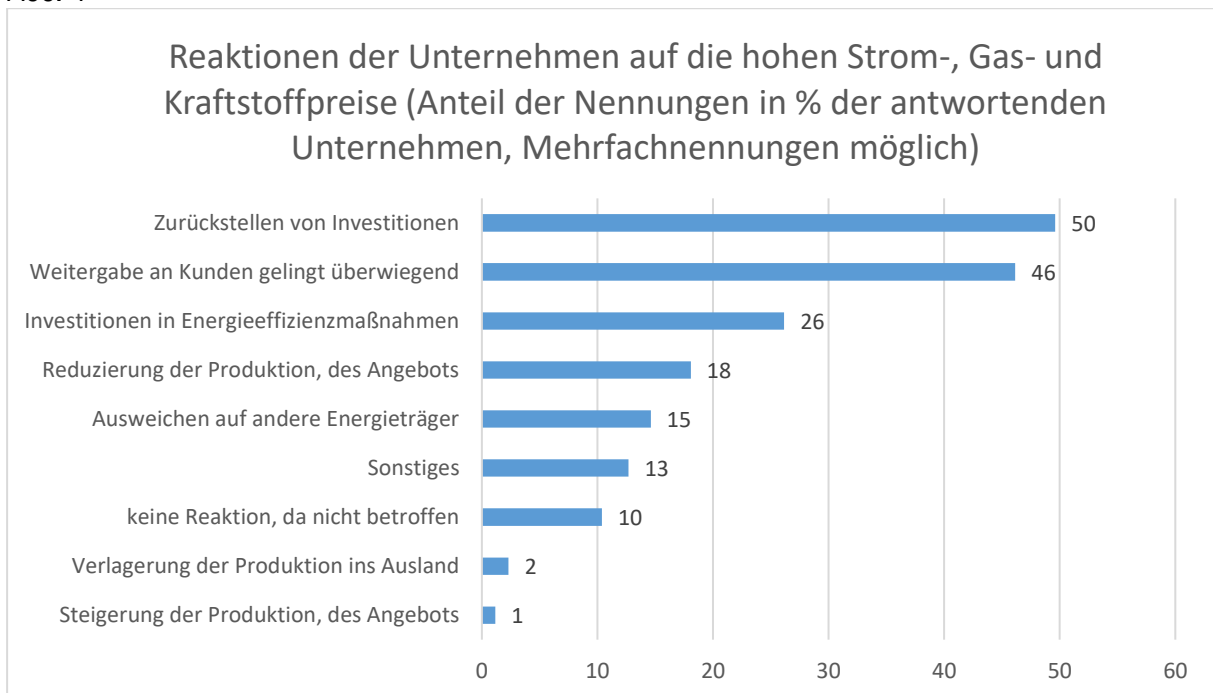


Abb. 4



## Die Entwicklung in den Branchen

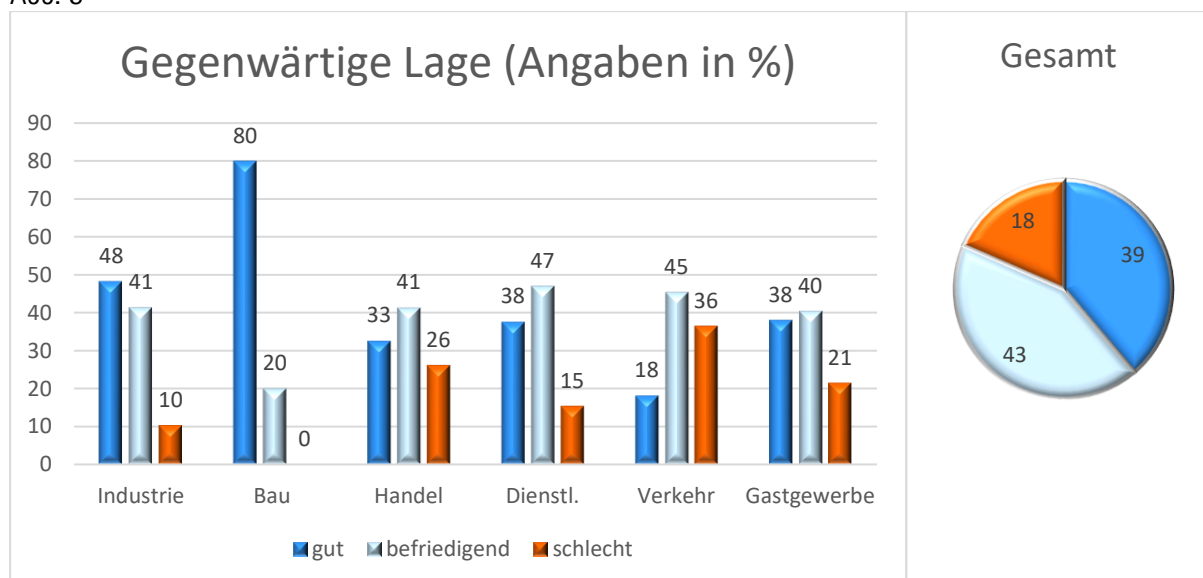
In der *Industrie* bezeichnen 89 % der Unternehmen ihre Geschäftslage als „gut“ oder „befriedigend“ (Abb. 5). Der Geschäftslagesaldo liegt bei 38 Prozentpunkten und damit nur geringfügig unter dem Wert der Vorumfrage. Die Nachfrage nach Industrieprodukten ist weiterhin hoch. Zwei von drei Unternehmen bezeichnen ihre Auftragslage als „gut“ und nur 3 % sind mit ihr unzufrieden. Knapp ein Drittel der Unternehmen hält die Gewinnlage für „gut“, 24 % schätzen sie als „schlecht“ ein. Damit liegt der Gewinnlagesaldo unverändert gegenüber der Vorumfrage bei 7 Prozentpunkten. Diese im Vergleich zur Gesamtwirtschaft positive Lagebeurteilung liegt sicher auch daran, dass es 62 % der Industrieunternehmen (Gewerbliche Wirtschaft: 46 %) gelingt, die Kostensteigerungen an ihre Kunden im Wesentlichen weiterzureichen. Knapp 60 % bezeichnen ihre Finanzlage als unproblematisch, deutlich weniger als in der gewerblichen Wirtschaft sind mit Forderungsausfällen konfrontiert oder verbuchen Eigenkapitalrückgänge. Anders als noch in der Vorumfrage geben allerdings 21 % der Industrieunternehmen an, dass sie Probleme bei der Fremdkapitalbeschaffung haben (Gewerbliche Wirtschaft 10 %). Hier machen sich die steigenden

Zinsen und die Vorsicht der Banken bei der Kreditvergabe angesichts von Eigenkapitalrückgang, Liquiditätsengpässen oder drohenden Forderungsausfällen bemerkbar. Auf die kommenden 12 Monate blickt die Industrie mit großer Sorge. Für fast alle Unternehmen stellt die Entwicklung der Energiepreise ein Geschäftsrisiko dar und die Entwicklung der Rohstoffpreise wird ähnlich problematisch für die Geschäftsentwicklung eingeschätzt. Zunehmende Schwierigkeiten sehen die Unternehmen auch beim Absatz ihrer Produkte. 45 % der Unternehmen sehen in der Inlandsnachfrage ein Geschäftsrisiko (H 21: 35 %) und 10 % in der Auslandsnachfrage (H 21: 5 %). Diese Gemengelage bewirkt, dass 62 % der Industrieunternehmen eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage in den kommenden 12 Monaten erwarten und nur 3 % eine Verbesserung (Abb. 6).

Die in vielen Fällen gute aktuelle Lage führt trotz pessimistischer Erwartungen dazu, dass der Investitionssaldo ausgeglichen ist (Abb. 7, vgl. gewerbliche Wirtschaft: -35 Prozentpunkte) und zum Teil sehr große Investitionsvorhaben geplant sind. Die Industrie steht daher mit großem Abstand an der Spitze der regionalen Investitionstätigkeit. Rationalisierung und Kapazitätsausweitung werden von je 40 % der Unternehmen als Investitionsmotiv genannt. Rationalisierung wird notwendig, weil der Arbeitskräftemangel groß ist. Die Hälfte der Unternehmen kann offene Stellen längerfristig nicht besetzen. Dies wird der wesentliche Grund dafür sein, dass nur 7 % der Unternehmen ein Wachsen ihrer Mitarbeiterzahl erwarten, während 29 % von einem Rückgang ausgehen (Abb. 8).

Nur knapp ein Drittel der antwortenden Industrieunternehmen liefert ins Ausland. Die Anzahl an Unternehmen, die von sinkenden Exporten ausgeht, überwiegt diejenige mit steigenden Exporterwartungen deutlich.

Abb. 5



Die Geschäftslage wird von den Bauunternehmen sehr positiv beurteilt. Etwa vier von fünf Unternehmen sprechen von einer „guten“ Lage. Ähnlich sieht es aus bei der Auftragslage. Sie können die Energiepreiserhöhungen größtenteils an ihre Kunden weiterreichen, so dass die Gewinne kaum beeinträchtigt sind. Die Gewinnlage beurteilen die Unternehmen daher etwa je zur Hälfte als „gut“ und als „befriedigend“. Somit ist es nicht überraschend, dass auch die Einschätzung der Finanzlage weit besser ausfällt als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Die Unternehmen bezeichnen sie im Wesentlichen als unproblematisch.

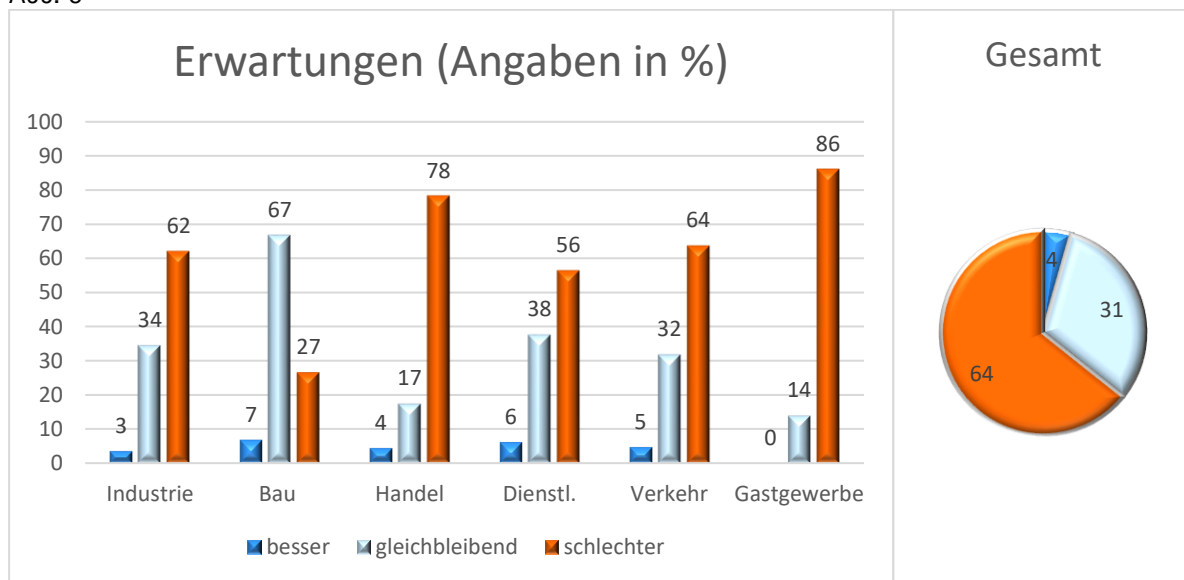
Aufgrund der aktuell guten Lage sieht das Baugewerbe weniger pessimistisch auf die kommenden 12 Monate als die gewerbliche Wirtschaft im Durchschnitt. Sie befürchten zwar zum Teil einen Rückgang ihrer Nachfrage im Zuge der konjunkturellen Abschwächung, so dass sich dann die Preissteigerungen bei Rohstoffen und Energie nicht mehr so leicht wie bisher an die Kunden weitergeben ließen. Der in dieser Branche besonders große Fachkräftemangel treibt die Arbeitskosten in die Höhe und es ist auch hier die

Frage, ob diese in den kommenden Monaten nach wie vor in den Preisen für Bauleistungen abgebildet werden können. Besonders im privaten Wohnungsbau ist eine größere Preissensibilität der Kunden aufgrund der steigenden Kreditzinsen, der sinkenden Realeinkommen und der konjunkturellen Unsicherheit schon zu spüren. Daher erwarten etwas mehr als ein Viertel der Unternehmen für die kommenden 12 Monate eine schlechtere Geschäftsentwicklung. Gut zwei Drittel gehen von gleichbleibenden Geschäften aus.

Trotz der noch guten Lage und des hohen Anteils an Unternehmen, die keine Verschlechterung ihrer Geschäftsentwicklung erwarten, plant mehr als die Hälfte der Unternehmen, die Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten zu reduzieren. Allerdings sind es nur wenige Unternehmen, die gar keine Investitionen planen, gut drei Viertel planen zumindest Ersatzinvestitionen.

Die Bauunternehmen streben angesichts der guten Auftragslage an, ihre Mitarbeiterzahl zu halten oder sogar zu erhöhen. Allerdings haben fast alle Unternehmen Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen. Sie bleiben in der Regel mehr als 2 Monate vakant.

Abb. 6



Im Handel überwiegen die positiven Stimmen bei der Lagebeurteilung die negativen leicht. Dabei fällt die Lagebeurteilung im Großhandel besser als im Einzelhandel aus. Auch bei der Auftragslage gibt es im Saldo ein kleines Plus. So ist zum Beispiel im Handel mit Kraftfahrzeugen, mit IT-Gütern oder mit Baustoffen der Stand der Vorbestellungen gut, allerdings sind die Lieferfristen zum Teil sehr lang. Die Gewinnlage hat sich im Vergleich zur Vorumfrage deutlich verschlechtert. Nur noch 39 % der Unternehmen (FS 55 %) halten ihre Gewinnlage für „befriedigend“ und 41 % (FS 22: 26 %) bewerten sie inzwischen als „schlecht“. Dazu tragen zum einen die langen Lieferzeiten, die zu Ausfällen bei den Umsätzen führen, bei. Zum anderen ist die Weitergabe der gestiegenen Energiekosten mit 38 % im Vergleich zum Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft nur einem geringeren Teil der Unternehmerschaft möglich. Insbesondere dem Einzelhandel fällt dies schwer. Ihre Kunden erleben aufgrund der hohen Inflation einen starken Kaufkraftverlust. Sie kaufen weniger und sind preissensibler, und steigen daher auf billigere Produkte um. Mit der Gewinnlage verschlechtert sich die Finanzlage. Gut die Hälfte der Handelsunternehmen – und auch hier wieder in stärkerem Maße der Einzelhandel – klagt über Eigenkapitalrückgang. Ein Viertel der Händler ist mit Liquiditätsengpässen und ein Viertel mit Forderungsausfällen konfrontiert. Hiervon ist der Großhandel stärker betroffen.

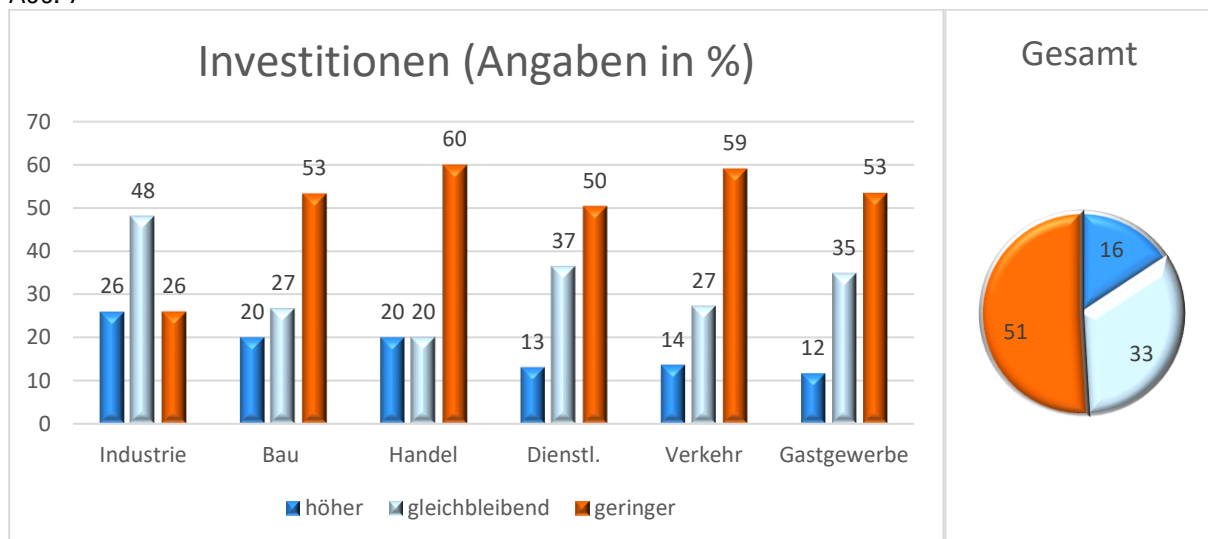
Die Erwartungen der Handelsunternehmen für die kommenden 12 Monate sind im Vergleich zur gewerblichen Wirtschaft insgesamt überdurchschnittlich negativ. 78 % der Unternehmen erwarten schlechtere und nur 4 % bessere Geschäfte. Dass die Handelsunternehmen so düster auf die kommenden

Monate blicken, ließe sich mit der Angst vor einem weiteren Rückgang der inländischen Nachfrage aufgrund des anhaltenden Realeinkommensverlusts begründen. Schaut man allerdings die Antworten der Handelsunternehmen auf die Frage nach den Geschäftsrisiken an, steht die Inlandsnachfrage nur an 5. Stelle und wird als Risiko kaum höher bewertet als im Herbst 2021. Als Geschäftsrisiko schätzen die Handelsunternehmen fast ausnahmslos die Energiepreissteigerungen ein.

Aufgrund der schlechten Gewinn- und Finanzlage und der negativen Erwartungen ist die Investitionsneigung der Handelsunternehmen schwach. Die Hälfte der Handelsunternehmen – wiederum in stärkerem Maß der Einzelhandel – geben an, dass sie aufgrund der Energiepreissteigerungen Investitionen zurückstellen. 41 % der Einzelhändler und 24 % der Großhändler haben für die kommenden 12 Monate keine Investitionen eingeplant. Bei Investitionssummen bis 10.000 € ist das Verhältnis zwischen Einzel- und Großhandel gerade umgekehrt. Ein Viertel der Handelsunternehmen sieht Investitionen zwischen 10.000 € und 100.000 € vor. Ersatzinvestitionen stehen im Vordergrund. Im Einzelhandel spielen außerdem Produktinnovationen und Umweltschutzinvestitionen eine deutlich größere Rolle als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Während im Einzelhandel Erweiterungsinvestitionen aktuell nicht geplant sind, steht beim Großhandel neben den Ersatzinvestitionen dieses Investitionsmotiv im Vordergrund.

Die Beschäftigung im Handel wird in den kommenden Monaten rückläufig sein. 35 % der Unternehmen gehen von einer sinkenden Mitarbeiterzahl aus und haben zurzeit auch keinen Bedarf an weiteren Mitarbeitern. Nur noch 5 % der Unternehmen planen eine Vergrößerung ihrer Belegschaft.

Abb. 7



Die Dienstleistungsunternehmen beurteilen ihre Geschäftslage mit einem Lagesaldo von 22 Prozentpunkten überwiegend positiv, aber nicht mehr ganz so positiv wie noch im Frühsommer 22. Dabei bewerten unternehmensnahe Dienstleister ihre Lage etwas besser als konsumnahe. Insbesondere die Nachfrage von Unternehmen nach Ingenieurs-, IT- oder auch Graphik-/ Designdienstleistungen ist hoch. Unter den Dienstleistungen für Privatpersonen ist die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen hoch. Reisebüros sind nach der für sie extrem schwierigen Zeit mit coronabedingten Reisebeschränkungen auch wieder zufriedener mit ihren Geschäften, während aus dem Versicherungsgewerbe auch negative Stimmen kommen. Der Gewinnlagesaldo hat sich gegenüber der Vorumfrage verschlechtert, ist bei konsum- und bei unternehmensnahen Dienstleistungen aber noch leicht positiv und damit über dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Da Energiekosten für viele Dienstleistungsunternehmen eine vergleichsweise geringe Rolle spielen, stellen die Steigerungen der Energiepreise für einen kleineren Anteil der Unternehmen ein Geschäftsrisiko dar. Dazu kommt, dass die Dienstleister, die Unternehmen zuliefern, zu über 50 % angeben, dass sie die gestiegenen Energiepreise im Wesentlichen an ihre Kunden weitergeben können.

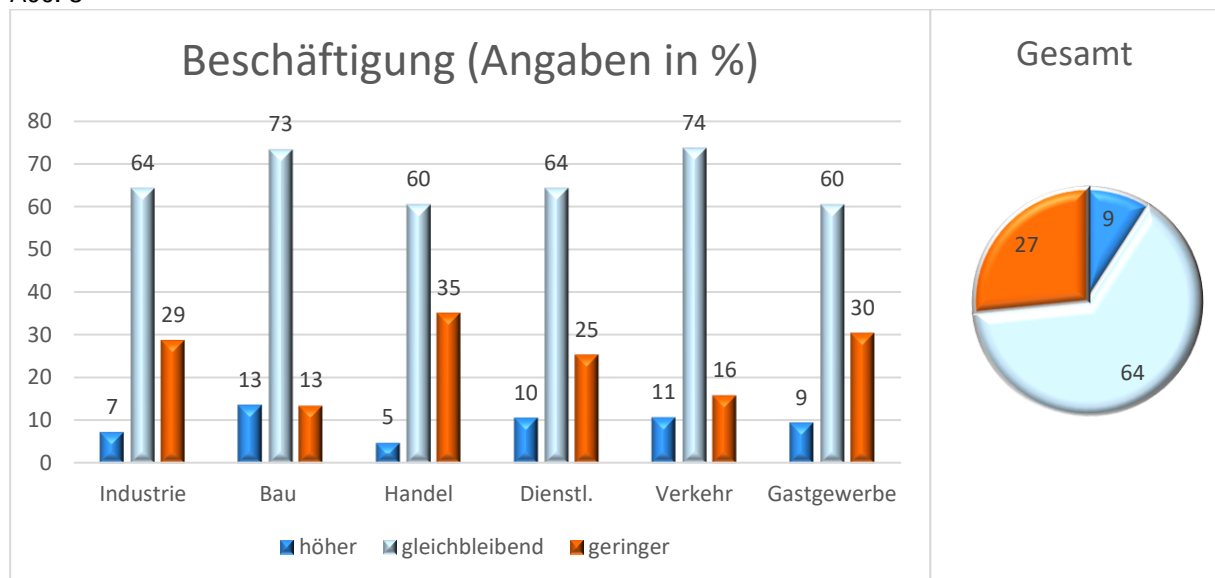
Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich auch bei den Dienstleistern erheblich gegenüber der Vorumfrage verschlechtert. Der Erwartungssaldo ist von -23 auf -50 Prozentpunkte

zurückgegangen. Auch bei dieser Frage fallen die Antworten der Dienstleister, die überwiegend für private Haushalte arbeiten, ungünstiger aus. So befürchten Versicherungsvermittler, dass angesichts der konjunkturellen Entwicklung das private Neukundengeschäft einbricht und die Immobilienwirtschaft geht davon aus, dass aufgrund der unsicheren konjunkturellen Entwicklung, der steigenden Zinsen und sinkenden Realeinkommen, ihre Geschäfte schlechter laufen werden.

Die schlechteren Erwartungen dämpfen die Investitionsbereitschaft. Der Investitionsaldo fällt auf -37 Prozentpunkte (FS 22: -17 Prozentpunkte). Etwa die Hälfte der Unternehmen plant keine Investitionen in den kommenden 12 Monaten oder Investitionen von unter 10.000 €. Ersatzinvestitionen stehen im Vordergrund, besonders stark bei den konsumnahen Dienstleistern.

Die Unternehmen gehen mehrheitlich von einer rückläufigen Belegschaft aus (Beschäftigungssaldo: -15 Prozentpunkte. Etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen hat zurzeit keinen Personalbedarf.

Abb. 8



Im Verkehrsgewerbe wird die Geschäftslage am schlechtesten von allen Branchen beurteilt. Der Lagesaldo liegt bei -18 Prozentpunkten. Waren die Verkehrsunternehmen bei der Vorumfrage noch überwiegend zufrieden mit ihrer Auftragslage, sind inzwischen die Unternehmen in der Mehrheit, die ihre Auftragslage als „schlecht“ bezeichnen gegenüber denjenigen, die sie für „gut“ halten. Zwar erhöhen die Industrie und der Handel als Lehre aus den durch die Coronapandemie ausgelösten Lieferengpässen ihre Lagerhaltung, so dass das Warenverkehrsaufkommen steigt, allerdings führen Lieferengpässe bei gerade diesen Waren zur Stornierung von Aufträgen bei den Güterverkehrsunternehmen. Auch bei der Gewinnlage sieht es im Verkehrsgewerbe im Branchenvergleich am schlechtesten aus. Der Gewinnlagesaldo liegt bei -45 Prozentpunkten. So gut wie alle Verkehrsunternehmen sind von den Energiepreisteigerungen betroffen. 58 % der Unternehmen können diese weitgehend an ihre Kunden weiterreichen, das sind weniger als im Baugewerbe oder der Industrie. Dass der Gewinnlagesaldo weniger negativ ist als bei der Vorumfrage könnte darauf zurückzuführen sein, dass der Dieselfloater inzwischen wöchentlich aktualisiert wird, und die Absenkung der Energiesteuer vom 1. Juni bis 31. August 2022 die Unternehmen entlastet hat. Trotz dieser Entlastungen leidet das Verkehrsgewerbe überdurchschnittlich unter Eigenkapitalrückgang und nur noch etwa ein Drittel der Unternehmen beurteilt ihre Finanzlage als unproblematisch.

Für die kommenden 12 Monate erwartet knapp ein Drittel der Unternehmen eine gleichbleibende Geschäftsentwicklung, knapp zwei Drittel erwarten eine Verschlechterung. Sie werden kostenseitig belastet durch die am 1. Oktober 2022 erfolgte Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Drei von vier Unternehmen klagen darüber, dass die Arbeitskosten ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung darstellen.



Darüberhinaus treibt die ab 1. Januar 2023 vorgesehene Erhöhung der Maut für LKW die Kosten in die Höhe.

Die Investitionsneigung der Branche leidet unter der schlechten Lage und den pessimistischen Erwartungen. Fast 60 % der Unternehmen stellen Investitionsvorhaben zurück aufgrund der Energiepreisteigerungen. Ein Drittel der Unternehmen sieht keine Investitionen vor (FS 22: 17 %) und dort, wo investiert wird, stehen Ersatzinvestitionen im Vordergrund. Der Investitionssaldo ist mit -45 Prozentpunkten im Branchenvergleich der schlechteste.

Aufgrund der insgesamt schlechten Lage und der negativen Erwartungen der Branche hat die Nachfrage nach Arbeitskräften nachgelassen. Knapp 50 % der Unternehmen haben zurzeit keinen Personalbedarf (FS 22: 32 %). 42 % der Unternehmen können offene Stellen längerfristig nicht besetzen (FS 22: 63 %)

Während der Sommersaison hatte das Gastgewerbe eine gute Auslastung, so dass sich die wirtschaftliche Lage verbesserte. Der Geschäftslagesaldo ist von 6 auf 17 Prozentpunkte gestiegen. Die Gewinnlage hat sich gegenüber dem Frühsommer etwas verbessert. Insbesondere beurteilt nun jedes fünfte Unternehmen seine Gewinnlage als „gut“ (FS 22: 13 %), aber der Gewinnlagesaldo mit -20 Prozentpunkten zeigt, wie viele Unternehmen in Schwierigkeiten sind. Bei der Vorjahresumfrage hatte der Gewinnlagesaldo bei 29 Prozentpunkten gelegen. Die Unternehmen klagen über Eigenkapitalrückgang (45 %) und Liquiditätsengpässe (33 %). Der Auftragslagesaldo liegt bei -5 Prozentpunkten (H 21: 49 Prozentpunkte). Die privaten Haushalte sind angesichts ihrer sinkenden verfügbaren Einkommen und der Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Monaten zurückhaltend bei Vorbuchungen für Silvesterfeiern und Urlaubsreservierungen. Die Erwartungen der gastgewerblichen Betriebe für die kommenden 12 Monate sind deshalb sehr negativ. Der Erwartungssaldo liegt bei -86 Prozentpunkten und ist damit im Branchenvergleich am negativsten. Die Unternehmen sehen ihre Geschäftsentwicklung von den steigenden Energiepreisen bedroht. In der Gastronomie kommen die steigenden Preise für Lebensmittel hinzu. Auch ist der Fachkräftemangel sehr groß und hat zusammen mit den Anhebungen des Mindestlohns dazu geführt, dass 77 % der Unternehmen in den Arbeitskosten ein Geschäftsrisiko sehen. Außerdem sehen mehr als die Hälfte der Betriebe ein Problem bei der inländischen Nachfrage. Sie befürchten, dass die privaten Haushalte angesichts ihrer sinkenden Realeinkommen besonders stark bei Restaurantbesuchen und Urlaubsreisen sparen.

Fast zwei Drittel der Unternehmen geben an, dass die hohen Energiepreise sie dazu veranlassen, geplante Investitionen zurückzustellen. Auch die schlechte Gewinnlage und die pessimistischen Erwartungen halten von Investitionen ab. Im Branchenvergleich werden überdurchschnittlich oft Rationalisierung und Umweltschutz als Investitionsmotiv genannt.

Die Personalsituation ist nach wie vor sehr angespannt. Mehr als jedes zweite Beherbergungsunternehmen (56 %) kann aktuell Personalausfälle nicht mehr durch neue Mitarbeiter kompensieren. Bei den gastronomischen Einrichtungen sind es sogar 64 %, die offene Stellen nicht besetzen können. Der Fachkräftemangel veranlasst schon viele Betriebe zu Einschränkungen der Öffnungszeiten oder des Angebots und nun führen auch noch die hohen Energiepreise dazu, dass die Unternehmen über Produktionseinschränkungen nachdenken.

## Zusammenfassung und Ausblick

- Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen wird getragen von einer guten Auslastung. Zum Teil gelingt es den Unternehmen, Preissteigerungen bei Vorprodukten, Betriebs- oder Arbeitskosten an die Kunden weiterzugeben. Dort, wo die Unternehmen Kostensteigerungen nicht weiterreichen können, verschlechtert sich die Finanzlage und die Unternehmen leiden unter Liquiditätsengpässen und einem Rückgang an Eigenkapital.
- Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate sind aus Angst vor einem Energiemangel, unbezahlbaren Energiepreisen und der Unsicherheit über gegensteuernde Regelungen seitens der Politik auf ein Allzeittief gefallen. Die Politik ist gefordert, schnellstmöglich für Klarheit und

Entlastung der Unternehmen zu sorgen. Ungebremste Energiepreise würden die Inflation weiter in die Höhe treiben. Es wäre dann zu befürchten, dass die stark vom Konsum abhängige regionale Wirtschaft einen stärkeren Wachstumseinbruch erlitte als die Wirtschaft im Bundesdurchschnitt.

- Die Energiekrise wird das Wachstum der Region nicht nur kurzfristig sondern vor allem auch mittelfristig reduzieren. Sie veranlasst die Unternehmen, im großen Maßstab geplante Investitionen zurückzustellen und geringere Investitionsausgaben zu planen. Mögliche Steigerungen der Effizienz werden nicht angegangen, der Umsetzung von Produktinnovationen weniger Raum gegeben oder wichtige Investitionen in den Umweltschutz unterlassen.
- Trotz der stark negativen Geschäftserwartungen benötigen viele Unternehmen dringend neue Arbeitskräfte. Sie suchen ohne Erfolg vor allem Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Die Politik muss auf eine weitere Stärkung der dualen Ausbildung hinwirken.

**IHK Neubrandenburg**  
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern  
Katharinenstraße 48  
17033 Neubrandenburg

Postanschrift:  
Postfach 11 02 53  
17042 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke  
Wirtschaft/Arbeit  
Tel. 0395 5597-203  
Fax 0395 5597-513  
E-Mail [dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de](mailto:dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de)  
[www.neubrandenburg.ihk.de](http://www.neubrandenburg.ihk.de)

